

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 18, 6. September 2001

Einblicke

Beleidigungen

Von Heiner Lichtenstein

Wenn Sie sich demnächst mal über Michel Friedman ärgern sollten, dann schreiben Sie ihm einen Brief und adressieren ihn an den „Zigeunerjuden“ Friedman. Das ist keine Beleidigung. Sie können dafür nicht bestraft werden. Sollten Sie den Holocaust für eine Erfindung halten, machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube und sagen frank und frei: „Alles Humbug“. Keine Angst, Sie kommen milde davon, Voraussetzung, Sie verhalten sich im Gericht zurückhaltend und pöbeln nicht herum. Suchen Sie weitere Verhaltensmuster, klicken sie einfach im Internet die Seite der Bundeszentrale für Politische Bildung an. Die hat soeben ein Sonderprogramm für den Kampf gegen rechts aufgelegt. Im Angebot findet sich viel nützliche Hilfe gegen die Rechts-extremisten. Wenn Sie im Umkehrschluss alles auf den Kopf stellen, dann gibt es Tipps wie die oben genannten.

Selbstverständlich ist es eine vorsätzliche Ehrverletzung, den Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden, Michel Friedman, als „Zigeunerjuden“ zu beschimpfen. Das Landgericht Kempten im Allgäu sieht das allerdings anders und hat einen früheren Republikaner-Funktionär freigesprochen. Die Leugnung des Holocaust hatte ein Gericht im ostdeutschen Grevesmühlen mit zwei Jahren Knast ohne Bewährung geahndet. Die nächste Instanz halbierte die Strafe und setzte sie zur Bewährung aus, weil der Ex-Rechtsterrorist Manfred Roeder still und brav auf der Anklagebank sitzen geblieben war. Juden und Zigeuner standen an der Spitze des Mordprogramms der Nazis – und zwar unter diesen Stichworten. Auch deshalb hat unser Staat hier eine besondere Fürsorgepflicht. Juden und „Zigeuner“ sind bevorzugte Ziele rechter Terroristen. Nach dem Urteil aus dem Allgäu hätte es zu einer Protestwelle von Görlitz bis Aachen und von Flensburg bis Konstanz kommen müssen. Aber das Land verharrte in bleiernem Schweigen. Das macht Angst, weil es die rechten Gewalttäter ermuntert und alle bedroht, die für unsere Republik sind. Es ist juristische Gefahr im Verzuge.

„Etikettenschwindel“

Die DVU muss in Hamburg befürchten, potenzielle Rechts-Wähler an die Schill-Partei zu verlieren.

Seite 2 ■

Töne aus dem Knast

Verurteilte Neonazis konnten im Gefängnis ein Album mit rechten Hetzliedern produzieren.

Seite 3 ■

Im Rückschritt voran

Bei der „Neuen“ Rechten scheint sich eine Entwicklung wieder hin zu einem biologischen Rassismus anzubahnen.

Seite 4 ■

Blauäugiger Freispruch

Totschlagsprozess gegen Halberstädter Skinhead muss neu aufgerollt werden.

Seite 6 ■

Ungesühnte Morde

Nach fast 60 Jahren hat sich möglicherweise ein früherer Korvettenkapitän wegen Wehrmachtsverbrechen noch vor Gericht zu verantworten.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Rechtes Potenzial**

Die DVU bekämpft in Hamburg vor allem die Schill-Partei. Sie diene dazu, die "Protestwähler politisch zu kastrieren".

Die Wahlanalysten möchten sich nicht festlegen. Wenn am 23. September die Hamburger die Bürgerschaft und Bezirksparlamente wählen, könnten trotz der Kandidatur der Partei Rechtsstaatliche Offensive des Ronald Barnabas Schill (Schill-Partei) die rechtsextremen Parteien von DVU, REP, NPD bis zu den Deutschen Konservativen Wahlerfolge feiern.

Nach der jüngsten Forsa-Umfrage würde die Schill-Partei 15 Prozent der Stimmen erhalten. Diese kämen aber nicht von der klassischen DVU- oder REP-Wählerschaft, sondern von den traditionellen SPD- und CDU-Wählern. „SPD und CDU geben immer mehr Stimmen an Schill ab“, betont Forsa-Chef Manfred Güllner. Die Schill-Partei hätte noch lange „nicht das Ende der Fahnenstange“ erreicht. Das „Ende“ scheint auch noch nicht die DVU erlangt zu haben: Laut Forsa könnte sie 3 Prozent der Stimmen gewinnen.

Die Wahlumfragen beruhigen und besorgen die DVU zugleich. Denn obwohl die Stammwählerschaft der Frey-Partei treu bleibt, scheint sie das rechte Wählerpotenzial von SPD und CDU an die Schill-Partei zu verlieren. Bei den Hamburger Wahlen 1997 verpasste die DVU mit 4,97 Prozent der Stimmen den Einzug in die Bürgerschaft nur knapp, zog aber in vier von sieben Bezirksparlamenten ein. Wettete die DVU zunächst gegen die REP, als diese ihre Kandidatur ankündigten, schimpft sie jetzt ausschließlich über die Schill-Partei. „Wer Schill wählt, wählt etabliert“ verkündet DVU-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Heinrich Gerlach. Auf der Homepage des Landesverbandes heißt es ebenso: „Wer Schill wählt, stimmt nicht für die bitter nötige knallharte Opposition von rechts in der Bürgerschaft“. Die Partei würde alleine dazu dienen, „Protestwähler politisch zu kastrieren“. Zudem betreibe Schill „Etikettenschwindel“: „Die Schill-Partei hat in Sachen Innere Sicherheit reihenweise Forderungen übernommen, die seit vielen Jahren in dem Wahlprogramm der DVU stehen“, heißt es. Nun versuche Schill, „die Kopie als Original zu verkaufen“.

Bei dem Wahlkampf bemühen sich die etwa 350 Hamburger DVUler tatsächlich, wie Parteivize Bruno Wetzel ankündigte, „mit allen Kräften“ um den Einzug in die Bürgerschaft. So wird die Hansestadt regelmäßig mit Massenpostsendungen – „Wehrt euch. Am Wahltag DVU“ – überschwemmt, massenweise werden Stelltafeln – „Istanbul den Türken. Hamburg den Deutschen“ – in den Stadtteilen aufgereiht. Und fast kein Wochenende, wo die DVU nicht versucht, auf Hamburgs Straßen Infostände durchzuführen. Allerdings oft von Protesten begleitet. In Altona musste die DVU am 4. August wegen massiver Störungen ihren Stand wieder abbauen und in anderen Stadtteilen waren sogleich Leute da, die Passanten den „braunen Müll“ freundlich abnahmen. Mittlerweile kündigte Gerlach „rechtliche Schritte“ gegen die Hansestadt an, da er die DVU nicht genügend polizeilich geschützt sieht.

Die REP beschränken derweil ihren Wahlkampf auf das Aufstellen von Stelltafeln. Auch unter ihrem neuen Vorsitzenden Thomas Nissen vom Aufbruch 99 – Aufbruch Deutscher Patrioten scheinen die etwa 60 Mitglieder des Hamburger Landesverbandes keinen großen Kampf um die Wähler führen zu können. Obwohl sie von ehemaligen Schill-Mitgliedern und einstigen Bund-freier-Bürger-Anhänger Unterstützung erfahren. Auf der nicht aktualisierten Homepage bitten sie nach wie vor „wählen sie uns, mit beiden Stimmen“ und „wünschen allen Hamburgerinnen und Hamburgern einen schönen Urlaub!“. 1997 hatten die REP in Hamburg 1,9 Prozent der Stimmen erhalten.

Die NPD und Die Deutschen Konservativen (DK) führen einen „kleinen Wahlkampf“. Sie kandidieren alleine für die Bezirksparlamente. Der NPD-Landesvorsitzenden Ulrich Harder musste jedoch die Zulassung für die Bezirksversammlung Nord erstreiten, da die etwa 100 Mitglieder umfassende Partei die Formalien nicht eingehalten hatten. Dies blieb Joachim Siegerist erspart. Die Deutschen Konservativen erhielten sofort die Zulassung und verschicken seitdem „persönliche Briefe“, in dem vor „rot-grün“ in Hamburg und Berlin gewarnt und um „Spenden und Einzugsermächtigungen“ gebeten wird. Wie die NPD gehen sie in sechs von sieben Bezirken auf Stimmenfang.

Über die Wahlkampfziele lassen REP, NPD und Deutsche Konservative nichts verlauten. Lediglich die DVU verkündet vehement: „Wir wollen in die Bürgerschaft“.

Andreas Speit

Aktivitäten

Resozialisierung

Weitgehend unbehelligt kann eine braune Combo im Gefängnis proben. Sogar ein Album mit Hetztexten wurde aufgenommen.

„Juden raus ist unser Ziel“ grölt die männliche Stimme ins Mikrofon, „Kanaken gibt es eh' schon zu viel!“, vollendet eine andere. Der Text ist kaum zu verstehen, deutlich hört man nur immer wieder ein lautes „Sieg Heil!“. Die dumpfe Aufnahme wäre eigentlich nichts Besonderes, nur ein weiteres schlechtes Demoband einer noch schlechteren Skinhead-Band. Doch die Hetzlieder sind ausgerechnet in einem ostdeutschen Gefängnis aufgenommen worden. Die Justiz hat tatenlos zugehört.

Die Band hinter Gittern nennt sich „Staatssturm“. Kopf der rechten Musikanten ist der 27-jährige Andreas Janke, ein Nazischläger von der Ostseeküste. Er muss achteinhalb Jahre wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung absitzen, weil er im Juli 1996 im mecklenburgischen Wolgast einen 26-jährigen Mann zu Tode geprügelt hat. Mit seinem Kameraden Sebastian M. hatte Janke damals dem Opfer den Schädel eingeschlagen. Wie er die Tat verarbeitet hat, ist auf dem Band aus dem Knast deutlich zu hören „Ich will Schädel spalten!“, brüllt er bei einem Titel ins Mikro.

Noch in Untersuchungshaft gründet Janke in der JVA Neustrelitz zusammen mit den Mithäftlingen Micha, Benni und Matze seine Knastband „Staatssturm“. „Der Name Staatssturm fasst zusammen, was wir tief im Herzen spüren“, meint Janke. In einem Interview mit dem Fanzine „Feuer und Sturm“ freut er sich: „Die Instrumente hat uns die Anstalt zur Verfügung gestellt, eigentlich für einen anderen Zweck, aber trotzdem danke!“. Die Beamten im Gefängnis sind offenbar nicht nur blind, sondern auch taub. Auf Anfrage erklärt das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern, der Proberaum sei als „Resozialisierungsmaßnahme für musikinteressierte Insassen“ eingerichtet worden. Mit freundlicher Unterstützung eines Musiklehrers sei einmal wöchentlich geprobt worden. Rechtsradikale Inhalte habe man aber nicht feststellen können.

Schon damals kann „Staatssturm“ ein Album mit 12 Songs wie „Juden...“ oder „Skinheadarmee“

einspielen. Das Justizministerium beteuert zwar, dass es keine „legalen Möglichkeiten von Tonbandaufnahmen“ gegeben habe, aber offenbar finden die rechten Musiker von Neustrelitz einen Weg. Die Bänder werden aus dem Knast geschmuggelt und landen bei „Karinhall Tonträger Produktionen“, benannt nach Görings Jagdschloss Karinhall in Brandenburg. In einer Auflage von 180 Exemplaren erscheint Ende vergangenen Jahres schließlich das Tape mit dem Titel „Tag der Gerechtigkeit“. Das gleichnamige Lied, erklärt Janke, soll „allen inhaftierten Kameraden die Kraft geben, die Jahre im Systemkerker zu überstehen“. Für die Veröffentlichung bekommt „Staatssturm“ den Bandnamen „Kerker“ verpasst.

Ende 1998 wird Janke von Neustrelitz in die Justizvollzugsanstalt Bützow verlegt. Und auch dort musiziert er eifrig weiter. An Gleichgesinnten mangelt es offenbar nicht: Die Gitarre übernimmt sein Mithäftling Stresi, den Bass Jirka und am Schlagzeug sitzt nun Summy. „In dieser Besetzung werden wir wohl noch einige Jahre weiterspielen, da wir alle mehrjährigen Haftstrafen abzusitzen haben!“, berichtet Janke dem Fanzine „Der Weisse Wolf“.

Zwar jammert der Nazi-Schläger gerne über die Kontrollen in der JVA Bützow, doch allzu scharf kann die Überwachung nicht sein. Janke gibt fleißig Interviews, hält engen Kontakt zur Szene. In einem Fanzine erscheint sogar ein Kurzcomic: „Staatssturm“ beim Trinken und Proben in der JVA Bützow. Und auch das rechte Gegröle geht weiter. Im Frühjahr 1999 bleibt selbst der Gefängnisleitung nicht mehr verborgen, welche Töne im Übungsraum des Backsteinbaus angespielt werden. Bei Überwachungen der Gruppe sei „bekannt geworden, dass diese auch rechtsradikales Liedgut spielten“, erklärt das Justizministerium in Schwerin. Daraufhin sei die „Resozialisierungsmaßnahme“ ausgesetzt worden.

Doch inzwischen sind die Musiker wieder an den Instrumenten. Im „Weissen Wolf“ träumt Andreas Janke sogar von der Veröffentlichung einer CD: „Auf jeden Fall gibt es noch ein Demo von uns, wenn die netten Herren von der Justiz nicht dazwischenfunken“. Diese Absicht hat die Gefängnisleitung offenbar nicht. Unter Anleitung von zwei „Musikpädagogen“ probt die Band zur Zeit wöchentlich einmal. Das Justizministerium freut sich: „Seither ist nichts Negatives bekannt geworden!“. *Benny Bender*

Hintergrund**Zwei Schritte zurück**

„Die „Neue“ Rechte bewegt sich weg von der „Metapolitik“ und gleichzeitig wieder hin zu den Ursprüngen eines biologischen Rassismus.

Am 15. August, zu Mariä Himmelfahrt, begann im einschlägig bekannten Collegium Humanum in Vlotho die diesjährige Sommeruniversität des „neu“rechten Netzwerkes Europäische Synergien. Vor Jahren noch undenkbar, begreifen sich tatsächlich etliche Kader der deutschen Sektion, namentlich die Gruppe um die in Dresden erscheinende Zeitschrift „Hagal“, als Christen. Allerdings handelt es sich um eine sehr spezielle Form des Christentums. Die „Hagal“-Gruppe um Sven Henkler betrachtet nämlich den Gründer und langjährigen Leiter des Collegiums Humanum, Prof. Werner Georg Haverbeck, als ihren „geistigen Großvater“. Und dessen Verständnis des Christentums wiederum war geprägt durch seine anthroposophische Weltanschauung.

Haverbeck gilt unstrittig als derjenige, der entscheidend zum Aufgreifen ökologischer Fragestellungen innerhalb der extremen Rechten der Nachkriegszeit beigetragen hat. Der von ihm und seiner Frau Ursula Haverbeck-Wetzel über Jahrzehnte dominierte Weltbund zum Schutze des Lebens mit dem Collegium Humanum als Mittelpunkt war wegweisend für einige ideologische Neuerungen bei der traditionell denkfaulen extremen Rechten Deutschlands, doch ist bei ihm wie auch bei seinen geistigen Nachfahren deutlich, dass keineswegs originär neues Gedankengut entwickelt wird, sondern vorwiegend eine eigenwillige Melange aus der Anthroposophie Rudolf Steiners, von Autoren der Konservativen Revolution und oppositionellen Kadern der NS-Bewegung entsteht. Beispielhaft dafür ist Haverbecks - auch in Anthroposophenkreisen umstrittener - Band „Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland“, in dem er den Begründer der Anthroposophie mit zahlreichen Zitaten als nationalistischen Denker feiert. Der Band ist soeben im Verlag Zeitenwende, in dem auch die Zeitschrift „Hagal“ erscheint, wiederveröffentlicht worden.

So war es nur folgerichtig, dass ein Vortrag bei der diesjährigen Sommeruniversität dem Leben und Denken Haverbecks gewidmet war. Der Referent

Andreas Ferch, sich selbst als Anthroposoph begreifend, hatte bei der Frühjahrstagung der deutschen Sektion der Europäischen Synergien eine Rehabilitierung des nationalsozialistischen Ideologen Alfred Rosenberg versucht und diesen dabei als „Gottsucher“ eingestuft. Damals wie bei der Sommeruniversität gehörte Meinhard Otto Elbing zu den Anwesenden. Der ehemalige Kader der verbotenen Nationalistischen Front, langhaarig und mit nostalgischem „Starclub“-Sticker, gehört inzwischen zum Kreis des Skinzines „Unsere Welt“ des Bielefelders Bernd Stehmanns, eines wichtigen Kadern der Freien Nationalisten.

Es ist schwer nachzuprüfen, ob solche Verbindungen in das NS-orientierte Lager der extremen Rechten dazu beigetragen haben, dass sich die bisherige Führungsgruppe der deutschen Sektion der Europäischen Synergien, die von der in Hamburg ansässigen Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft (DESG) gestellt wurde, weitgehend aus der Arbeit dieser Ländergruppe zurückgezogen hat. Nur zwei Personen aus der DESG, der altbekannte Nationalrevolutionär Heinz Dieter Hansen und der junge Politologe Marc Lüdders, waren für ein kurzes Gastspiel zur diesjährigen Sommeruni angereist. Der Kreis der deutschen Nachwuchskader präsentierte sich deutlich eingeschränkt. Die teilweise erreichten Synergien mit anderen ideologischen Strömungen scheinen abgerissen zu sein.

Diesen ideologischen Ausdifferenzierungsprozessen mag es geschuldet sein, dass erheblich weniger Teilnehmer zur Sommeruni angereist waren als noch im Vorjahr zur zentralen Veranstaltung in Norditalien. Kaum mehr als 30 Personen verloren sich an den bestbesuchten Tagen auf dem Gelände in Vlotho oder nahmen am Ausflug zu den nahegelegenen Externsteinen teil, einem zentralen Ort für die Mythologie der extremen Rechten. Ganz auf das vorherrschende Interesse der Teilnehmenden an mythologischen, esoterischen sowie vor- und frühgeschichtlichen Fragen ausgerichtet war auch der Büchertisch, den der belgische Motor des „neu“rechten Netzwerkes, Robert Steuckers, organisiert hatte. Texte zum Heidentum, veröffentlicht in der neuen Reihe der Gruppe „Terre et Peuple“ des völkischen früheren GRECE-Kaders Pierre Vial, lagen neben Studien zum esoterischen Theoretiker René Guénon, die neuheidnische Schrift „Antalos“ neben Betrachtungen des Hindus Ram Swarup.

Diese deutsche Spezialisierung dürfte jedoch kaum für weitere interne Probleme dieser Fraktion der

„Neuen“ Rechten verantwortlich sein, die ebenfalls bei dem Treffen in Vlotho deutlich wurden. Die Teilnahme von Mitstreitern aus Frankreich und Belgien kann nur als spärlich bezeichnet werden. Wobei im letzteren Fall die engen Verbindungen zur Jugendorganisation des Vlaams Blok nicht zu übersehen waren. In Frankreich wiederum ist es nicht gelungen, den Wirkungskreis über eine Gruppe von Studenten in Lothringen hinaus auszuweiten. Seitdem deren Kopf, Laurent Schang, nach Abschluss seines Studiums als Journalist bei der renommierten konservativen Tageszeitung „Figaro“ arbeitet, haben die Aktivitäten spürbar nachgelassen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob dies durch die zentrale Kaderschule ausgeglichen werden kann, die für den frankophonen Raum durch Philippe Bannoy organisiert wird. Bannoy referierte in Vlotho über den in Deutschland weitgehend unbekannten Schriftsteller Vladimir Volkoff.

■ „Die 5. Kolonne des Doppelfeindes“ ■

War die Schweizer Delegation bei der Sommeruni deutlich kleiner als bei früheren Veranstaltungen, so fehlten Teilnehmende aus Österreich diesmal völlig. Seit dem Ausstieg des früheren „Junge Freiheit“-Mitarbeiters Jürgen Hatzenbichler scheint die Anbindung an das Netzwerk nahezu gekappt zu sein. Die italienische Sektion wiederum führte am gleichen Ort wie im Vorjahr eine eigene Veranstaltung durch, wobei eine Skinheadorganisation um Tiberio Graziani für die Programmgestaltung und Organisation verantwortlich zeichnete. Bei den Italienern sind es vor allem gravierende Spannungen zwischen den Mitgliedsgruppen der dortigen Abteilung, die zu einem gravierenden Rückgang des Einflusses und der Aktivitäten geführt haben.

Das gesamte Netzwerk der Europäischen Synergien scheint also acht Jahre nach der hoffnungsfrohen Gründung in einen krisenhaften Zustand geraten zu sein. Robert Steuckers muss registrieren, dass die erhoffte Bündelung der Kräfte auf europäischer Ebene durch Zusammenarbeit der Ländergruppen bei gleichzeitiger Autonomie nicht erreicht werden konnte. Entgegen der Erwartungen konnte der Verband nicht vom Niedergang des traditionsreichen GRECE profitieren. Zwar sind dessen Aktivitäten aus Krankheitsgründen und akutem Finanzmangel weitgehend zum Erliegen gekommen, doch orientierten sich die unzufriedenen bisherigen GRECE-Anhänger nicht an den Synergien, sondern eher an „Terre et Peuple“ des ehema-

ligen GRECE-Generalsekretärs Pierre Vial. Der in Lyon lehrende Geschichtsprofessor gehörte ursprünglich zu den Gründungsaktivisten der Nouvelle Droite, forderte jedoch seine bisherigen Weggefährten 1991 in einem Offenen Brief auf, den GRECE wegen dessen Erfolglosigkeit zu verlassen und sich dem Front National anzuschließen, wo er selbst zum Spitzenfunktionär avancierte. Mitte der neunziger Jahre gründete er die innerhalb des FN tätige Fraktion „Terre et Peuple“, um in der Partei den katholisch-integristischen Kräften ein neuhednisches Gegengewicht zu präsentieren. Vial gehört heute zu den Führungskräften des Mouvement National Républicain unter Bruno Mégret.

Als einzige Gruppierung der „Neuen“ Rechten kann „Terre et Peuple“ ein reales Wachstum verzeichnen und hat es zudem geschafft, stabile Regionalstrukturen zu schaffen. Seit dem vergangenen Jahr ist eine Ausweitung nach Belgien mit dem Zirkel um die wallonische Zeitschrift „Renaissance Européenne“ gelungen. Wichtigster Faktor für den Erfolg dürfte allerdings die Mitwirkung des früheren GRECE-Chefideologen Guillaume Faye sein, der in Vlotho über seine Theorie der „Konvergenz der Katastrophen“ referierte. Danach kommt es zwischen 2015 und 2030 zu einem Zusammentreffen unterschiedlicher schwerwiegender Krisen (Ökologie, Ökonomie, Demographie etcetera), die einzeln beherrschbar wären, gemeinsam aber unkontrollierbar seien. Besonders verhängnisvoll wirke sich die im Gang befindliche „Kolonisation Europas“ durch die Immigration besonders aus islamischen Staaten aus, da somit eine Art „5. Kolonne“ des neuen Doppelfeindes - USA und Islam - innerhalb Europas tätig werde könne. In diesem Zusammenhang kehrt Faye zum innerhalb der Nouvelle Droite eigentlich überwundenen biologischen Rassismus zurück. Die kulturelle Begründung des Rassismus tritt in den Hintergrund.

Die Sommeruniversität der Europäischen Synergien signalisiert also einen doppelten Schritt zurück für die europäische und besonders die deutsche „Neue“ Rechte. Einerseits wird der Zuspruch geringer und gelingt es weniger, auch prominente Redner zu gewinnen. Einzige Ausnahme in Vlotho war der angekündigte ehemalige Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler mit seinem Thema „Kritik des Neoliberalismus und der Neuen Weltordnung“. Andererseits bewegt man sich weg von der „Metapolitik“ der Nouvelle Droite und gleichzeitig zurück zu den Ursprüngen eines biologischen Rassismus.

Jean Cremet

Hintergrund**Blauäugige Justiz****Bundesgerichtshof hebt Freispruch für einen Skinhead auf.**

Der Prozess gegen einen Halberstädter Skinhead, der nach der tödlichen Attacke auf einen Nachbarn frei gesprochen worden ist, muss neu aufgerollt werden. Der 4. Senat des Bundesgerichtshofes hat den Freispruch des Landgerichts Magdeburg für den Angeklagten Andreas P. in vollem Umfang aufgehoben und entgegen seiner sonst üblichen Praxis nicht an eine andere Kammer des Magdeburger Gerichts zurück verwiesen, sondern den Fall an ein anderes Landgericht in Sachsen-Anhalt abgegeben. Eine Strafkammer des Landgerichts in Halle wird sich demnächst mit den Umständen beschäftigen, unter denen im April 2000 der 60-jährige Rentner Helmut Sackers ums Leben kam.

Der hatte an diesem 22. April die Polizei gerufen und sich beklagt, dass in der Wohnung von Nachbar Andreas P. lautstark Nazi-Musik gespielt werde. Konkret benannte er das Horst-Wessel-Lied, das er aus der Wohnung seines zur Tatzeit 29-jährigen Nachbarn gehört habe. Sackers war engagierter Sozialdemokrat, dass er und der kahl geschorene Nachbar nicht unbedingt auf gutem Fuße miteinander gestanden haben, liegt auf der Hand. Als die Polizei vor der Wohnungstür von P. stand, hat Sackers dabei gestanden. Die Beamten gaben im Prozess später zu Protokoll, dass die Musik aus der Wohnung des Skinhead zwar sehr laut gewesen sei, die Texte aber außerhalb der Wohnung nicht zu verstehen gewesen seien. Sackers habe noch gesagt, dass er Andreas P. anzeigen werde, wenn dieser noch einmal NS-Lieder spiele, dann sei er recht erregt zurück in seine Wohnung gegangen.

Über den restlichen Verlauf dieses 22. April gibt es unterschiedliche Darstellungen. Selbst in den Ausführungen ein und derselben Zeugin, nämlich der damaligen Verlobten und heutigen Ehefrau von Andreas P. Fest steht bislang lediglich, dass Sackers und P. an diesem Tag noch zwei Mal auf einander trafen. Die erste Begegnung, bei der der Rentner von P. massiv beschimpft und gefragt worden war, ob er Kommunist sei, ist durch die Zeugenaussage eines Freundes von Andreas P. belegt. Die zweite endete für Sackers tödlich. Von vier Messerstichen getroffen, sackte der Rentner zusammen.

Als Notwehr wertete das Landgericht später diese Tat und stützte sich dabei ausschließlich auf die Aussage der damaligen Verlobten von Andreas P. Die hatte im Prozess ausgesagt, dass Sackers nicht nur seinen Hund auf P. gehetzt habe, sondern ihn auch die Kellertreppe herunter stoßen wollte. In ihren polizeilichen Vernehmungen hatte die Frau dagegen wiederholt angegeben, dass sie bei diesem zweiten Zusammentreffen der Männer gar nicht dabei gewesen sei. Das scherte die Richter wenig, sie konnten sich ja auf den Eid stützen, mit dem die junge Frau ihre Aussage beglaubigte.

Staatsanwaltschaft und Richter haben in dem Prozess einen politischen Hintergrund der Gewalttat klar ausgeklammert. Dass in der Wohnung des Skinheads 80 CDs mit neonazistischem Inhalt, dazu 90 aktuelle Fanzines mit rechtsextremistischer Propaganda gefunden wurden, zudem auch noch ein Video, auf dem zum Mord an „Roten“ aufgerufen wird, spielte in dem Prozess keine Rolle. Für verfassungsfeindliche Propaganda sei ein anderes Dezernat ihrer Staatsanwaltschaft zuständig, diktierete Staatsanwältin Heidi Pötzsch einer Reporterin der „Frankfurter Rundschau“ in den Block. Sie selbst kenne weder Namen noch Musik von Bands, die sich „Landser“, Blue Eyed Devils“ oder „Freikorps“ nennen. Und Andreas P. sei zudem niemals einschlägig rechtsextrem aufgefallen, habe die Musik, die zum Streit mit Nachbar Sackers geführt hatte, „nur zum Privatgebrauch“ gehört.

Szenebeobachter wissen das anders. Andreas P. gehörte danach Anfang der 90er Jahre zumindest als Mitläufer zu einer Gruppe von rechtsextremistischen Skinheads, die gezielt durch Sachsen-Anhalt reiste, um – je nach Gelegenheit – Ausländer, Homosexuelle oder Punks anzugreifen. Bei einem dieser gewalttätigen Ausflüge hat sich wohl ein Opfer gewehrt, Andreas P. landete mit Messerverletzungen im Krankenhaus. Seitdem, so versicherten er selbst wie seine Verlobte vor Gericht, trug er das feststehende Messer stets bei sich, dem im April 2000 Helmut Sackers zum Opfer fiel. Zum Selbstschutz. Was für die Magdeburger Richter die Notwehr-Theorie noch ein wenig plausibler machte. Der mochten die Richter am Bundesgerichtshof jedoch nicht so ohne Weiteres folgen. Sie äußerten erhebliche Zweifel an der Rechtsfindung ihrer Magdeburger Kollegen und hoben das Urteil auf. Andreas P. muss sich nun ein weiteres Mal wegen der Tötung von Helmut Sackers vor Gericht verantworten. Das wird hoffentlich nicht so blauäugig an diese Tat herangehen.

Eberhard Löblich

Aktivitäten

Mehrheit schweigt

Der Verleger Gert Sudholt beklagt die „Pressehetze“ und bittet um Spenden

Deutschnationale Verleger haben es heutzutage nicht leicht. Gert Sudholt, Leiter der Verlagsgesellschaft Berg, kann davon ein Lied singen. Sein aktueller „Vertraulicher Verlegerbrief“ an die lieben „Freunde der Verlagsarbeit“ beinhaltet dann auch eine Fülle von Klagen über die Gegner der „nationalen Opposition“. In erster Linie wird das Verhalten der Justiz angeprangert, hatte doch das Landgericht München II die Kündigung von Konten der Verlagsgesellschaft Berg durch die Postbank für rechtmäßig erklärt. Für Sudholt ist der Fall klar: „Das Kalkül der Staatsmacht ist durchsichtig: Das Geld, das wir für den Rechtsstreit benötigen, kann der Verlag nicht in die aufklärenden Publikationen stecken.“ Die Justiz „knickte (...) nun gegen die öffentlichen Krawallmeinungsmacher ein“. Und weiter: „Heute heißt es kauft nicht von den Rechten, morgen werden es andere Minderheiten sein, die ins Visier der politisch korrekten Wirtschaftsbetriebe geraten“.

So richtig prekär kann Sudholts Verhältnis zu den Banken freilich nicht sein, liegt doch dem Verlegerbrief ein Überweisungsauftrag bei, auf dem ein Konto bei der Raiffeisenbank Aufkirchen angegeben ist. Die treuen Förderer der Verlagsarbeit werden um Spenden gebeten, weil die Fortsetzung des Rechtsstreits Sudholt contra Postbank voraussichtlich rund 10000 Mark kosten wird. Bis „zum Bundesgerichtshof rechnen wir mit Gerichtskosten bis zu 70000 Mark.“ So ein „Kesseltreiben“ geht an einem Verleger, der seinem Vaterland treu verbunden ist, nicht spurlos vorüber. Sudholt, mit seinen Verlagen vor einigen Monaten vom Starnberger See nach Inning am Ammersee umgezogen, schreibt, dass ihn die Angriffe „physisch und psychisch an den Rand der Erschöpfung treiben.“

Frisch aus der Druckerpresse kommen dennoch mehrere Werke, darunter Günter Kaufmanns „Ein anderes Drittes Reich“, „Antigermanismus im 20. Jahrhundert“ von Günther Grossmann sowie Sudholts „Hexenjagd 2000, Zeitkritische Notizen eines deutschen Verlegers“. Das „hochbrisante“ Buch „Lieber Herr Hitler“ des Briten Martin Allen klärt uns über die geheimen Verbindungen des Herzogs

von Windsor zu Hitler auf und wird laut Verlagswerbung „heiß diskutiert werden, nicht zuletzt deshalb, da es die Frage nach den Ursachen und Urhebern des Zweiten Weltkriegs neu stellt.“ Martin Allen ist neben Sudholt und Druffel-Autor Bernhard Zürner („Hitler – Feldherr wider Willen“) Teilnehmer eines zeitgeschichtlichen Wochenendes des Druffel-Verlages, das unter dem Motto „Erlebnis Geschichte“ am 20./21. Oktober in einer „renommierten Hotelanlage im Großraum Berlin stattfinden soll.“

Auch einen „Skandal“ gibt es zu vermelden. Dieser besteht darin, dass die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sich weigerte, die Todesanzeige des ehemaligen Pressereferenten Baldur von Schirachs, Günter Kaufmann, zu drucken. „Den bundesdeutschen Medien sind nicht einmal mehr Tote heilig“. In einem Nachruf auf seinen Autor würdigt Gert Sudholt, dass Kaufmann bis zuletzt für „historische Gerechtigkeit“ gestritten und gegen „zeitgeschichtliche Legenden“ gekämpft habe.

Den verdienten Freunden und Unterstützern des Hauses Sudholt wird künftig eine besondere Art der Anerkennung zuteil. Die „Förderer einer freien Publizistik“ erhalten die Helmut-Sündermann-Ehrenurkunde, benannt nach dem ehemaligen stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP und Ziehvater Sudholts.

Wie man im Herbst um die Gunst der Leser werben wird, steht auch schon fest: „Wir machen Bücher für die Mehrheit“. Weil 70 Prozent der Deutschen einer Umfrage zufolge stolz auf ihr Land seien, habe man sich für dieses Motto entschieden. „Für diese schweigende Mehrheit verlegen wir Bücher“.

Roland Lory

Personen

Berlin - Für seine Berichterstattung über Rechts extremismus und Rassismus in Deutschland wird der Reporter beim Berliner „Tagesspiegel“ Frank Jansen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Engagiert und couragiert habe sich Frank Jansen bei seiner journalistischen Arbeit auf diese Themenbereiche konzentriert, heißt es zur Begründung. Seine Reportagen seien „durch detailgenaue Recherchen, große Sachkunde und Einfühlungsvermögen in das Schicksal der Opfer geprägt“. Einschüchterungsversuche von Rechtsextremisten hätten ihn nicht abgehalten. Die Auszeichnung wird Frank Jansen am 7. September durch Bundespräsident Johannes Rau überreicht.

Am Rande**Nicht schmeichelhaft**

In Bremerhaven und dem Nachbarkreis Cuxhaven wird über NS-Verstrickungen eines Top-Wissenschaftlers und seine Ehrungen in der Zeit nach 1945 diskutiert.

„Wir müssen die Diskussion aufnehmen. Daran führt kein Weg vorbei.“ Der Tierarzt Heinz Christian Steiner aus Beverstedt im Landkreis Cuxhaven wird sich mit dieser Forderung nicht unbedingt nur Freunde machen. Denn der CDU-Kreistagsabgeordnete verlangt, erneut über den Namen der Haupt- und Realschule in Beverstedt nachzudenken. Die wurde nach dem 1903 in Bremerhaven geborenen und 1995 in München verstorbenen Biochemiker Adolf Butenandt benannt. Der CDU-Politiker bestreitet nicht, dass sich Butenandt als Forscher große Verdienste erworben habe: Immerhin schuf er die Voraussetzungen für die Anti-Baby-Pille, was ihm 1939 den Nobelpreis eingetragen hatte. Jedoch: „Die moralischen Voraussetzungen, damit eine Schule nach ihm benannt werden könnte, erfüllt Butenandt nicht.“

Wegen Butenandts Aktivitäten während der NS-Zeit hatte es bereits 1999 einen Vorstoß zur Umbenennung der Schule gegeben. Damals hatte die Gesamtkonferenz der Schule für einen anderen Namen plädiert und auch eine Verbindung zwischen der Bezeichnung und den rechtsradikalen Aktivitäten in Beverstedt hergestellt: Jugendliche aus der Skinhead-Szene machen der Polizei seit langem zu schaffen, auch wenn sich die Lage etwas entspannt hat. Die Debatte endete vorläufig in einem salomonischen Beschluss des Kreiswausschusses: Mit einer endgültigen Entscheidung soll bis nach der niedersächsischen Kommunalwahl am 9. September gewartet werden. Damals gab es aus Sicht der politisch Verantwortlichen zu viele Spekulationen und zuwenige gesicherte Erkenntnisse – vor allem über Butenandts Wirken als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin-Dahlem in der Zeit von 1936 bis 1945.

Mittlerweile hat eine Forschungskommission der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) Zwischenberichte über die Mitwirkung von Kaiser-Wilhelm-Instituten an Verbrechen in der Nazi-Zeit vorgelegt. Dabei kommt Adolf Butenandt ziemlich schlecht weg. Die MPG ist die Nachfolgeeinrichtung der Kaiser-

Wilhelm-Gesellschaft. Und Butenandt war von 1960 bis 1972 MPG-Präsident. In dem Jahr, in dem Butenandt zum Präsidenten aufstieg, verlieh ihm die Stadt Bremerhaven die Ehrenbürgerwürde. In der Seestadt ist außerdem eine Straße nach dem Forscher benannt. Die Jusos fordern sowohl die Abkennung der Ehrenbürgerwürde als auch die Umbenennung dieser Straße. Alles andere wäre ein Schlag in das Gesicht aller Menschen, die unter den Nationalsozialisten zu leiden hatten, so die SPD-Nachwuchsorganisation in einem Appell an die Stadtverordnetenversammlung, in der SPD und CDU eine Große Koalition bilden. Die Bremerhavener SPD will erst noch weitere Untersuchungsergebnisse zu Butenandt abwarten, die Jusos wollen versuchen, einen Umdenkprozess in der Partei in Gang zu setzen, sagte der SPD-Bürgerschafts-abgeordnete und Bremer Juso-Vorsitzende Martin Günthner dem „blick nach rechts“.

Die Historikerin Carola Sachse ist Leiterin des Forschungsprogramms der MPG zur „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Sie betont: „Die Entwicklung vom genialen Forscher zum regime-nahen Forschungsorganisator lässt sich vor allem an der Rolle Adolf Butenandts beobachten.“ Zur Last gelegt werden dem Star-Wissenschaftler unter anderem seine Mitgliedschaft in der NSDAP und sechs weiteren NS-Organisationen sowie seine Zugehörigkeit zum Wissenschaftlichen Beirat von Karl Brandt, seines Zeichens SS-Obergruppenführer und Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen. „In höchstem Maße unwahrscheinlich sei es mittlerweile, dass Butenandt nicht gewusst habe, woher Blut stammte, das sein enger Mitarbeiter Günther Hillmann untersuchte – nämlich aus Auschwitz. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes habe Butenandt Experimente in Konzentrationslagern verharmlost und Kriegsverbrecher reinzuwaschen versucht, so weitere Vorwürfe von Carola Sachse. Sie verweist darauf, dass sich Butenandt niemals den schwierigeren und unangenehmeren Kapiteln seiner Vergangenheit gestellt habe. Im Gegenteil, er habe nach dem Krieg viele Akten verschwinden lassen – wie auch Robert N. Proctor von der MPG-Forschungskommission bestätigt: „Wir vermissen viel in den Akten.“

Der preisgekrönte Sachbuchautor Ernst Klee kündigt weitere „Enthüllungen“ an. Im Herbst werde sein neuestes Buch erscheinen, in dem Adolf Butenandt „ein wenig schmeichelhaftes Kapitel“ einnehme.

Thomas Klaus

NS-Vergangenheit**Späte Gerechtigkeit**

Nach fast 60 Jahren könnte ein ehemaliger Korvettenkapitän doch noch wegen Wehrmachtsverbrechen vor Gericht stehen.

Die alte Frau ist empört. „Was wollen Sie eigentlich von meinem Mann. Wir sind zwar alt aber nicht dumm. Wenn wir gesundheitliche Schäden durch ihre Fragen davon tragen, werden wir eine hohe Schadensersatzforderung stellen“, schreit sie dem Korrespondenten der großen italienischen Tageszeitung „La Repubblica“, Alberto Custodero, entgegen. Verständlich, dass dem Rentnerehepaar der Besuch aus Italien ungelegen kommt. Der Reporter ist nämlich auf den Spuren eines ungesühnten Kriegsverbrechens, das von deutschen Soldaten während der Besetzung Italiens verübt wurde. Im Mittelpunkt steht der Kapitän der Wehrmachtskavallerie Heinrich S., der heute 85-jährig seinen Lebensabend in einer kleinen Darmstädter Villa verbringt. Seine militärische Vergangenheit hat S. nie verschwiegen. Trotzdem gilt er in Darmstadt als angesehene Persönlichkeit.

Jetzt könnte ihn die Vergangenheit gleich zweifach einholen. Die Turiner Staatsanwaltschaft will gegen den Rentner Anklage wegen „Mordes an italienischen Staatsbürgern“ erheben. S. wird beschuldigt, für die Erschießung von 14 Personen am 19.12.1944 in Chiuso Pesio verantwortlich zu sein. Zu den Opfern gehörte auch der Turiner Gerichtsrat Carlo Alberto Ferrero. Er soll Strafkaktionen gegen italienische Wehrdienstverweigerer verurteilt und deren juristische Grundlage angezweifelt haben. Was nach seiner Denunziation geschah, schildert „La Repubblica“ so: „Alberto Ferrero wurde von S. festgenommen und gezwungen, durch das Dorf zu gehen mit einem Schild um den Hals mit der Aufschrift ‘Verräter’ und den Händen hinter dem Rücken gefesselt. Dann wurde er im Gesicht ausgepeitscht bis zur Unkenntlichkeit und schließlich, ohne jeden Prozess, erschossen.“

Der Fall sorgte wegen seiner Grausamkeit sogar bei den Verantwortlichen der faschistischen Behörden für Empörung. Die Justiz der Mussolini-Republik begann schon 1944 die ersten Ermittlungen gegen die Verantwortlichen für den Tod von Ferrero. Im Nachkriegsitalien wurden die Ermittlungen fortge-

setzt. Im Februar 1946 wurden vom italienischen Kriegsminister strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Neben dem Kapitän S. standen noch drei weitere deutsche Offiziere, deren Namen laut „La Repubblica“ in den Akten mit Schlemmer, Klingemann und Gerhardt angegeben wurden, im Visier der italienischen Justiz. Doch großer Ermittlungseifer konnte den italienischen Justizbehörden nicht nachgesagt werden. Im Jahre 1960 wurden die Akten ohne Anklageerhebung archiviert.

Erst im Zuge der Ermittlungen gegen den SS-Mann Erich Priebke wurden im Jahre 1997 die Akten auch im Fall S. wieder geöffnet und sollen jetzt zur Anklageerhebung gegen den Rentner führen. Die anderen Beschuldigten sind mittlerweile verstorben. Gegen den 85-Jährigen soll nun nicht nur wegen des Todes des Justizrats ermittelt werden. Neben Ferrero waren viele Namenlose Opfer der 34. Division der Wehrmacht, zu der die Einheit von S. gehörte. So soll S. direkt für die Ermordung von 13 italienischen Arbeitern im Sommer 1944 die Verantwortung tragen, denen Kontakte zu den Partisanen nachgesagt wurden.

■ „Den guten Ruf zerstören“ ■

Doch jetzt könnte dem Rentner auch in Darmstadt juristisches Ungemach drohen. Ende August hat der Lokalpolitiker Bastian Ripper bei der Darmstädter Staatsanwaltschaft Anzeige gegen S. wegen Verdacht auf Begehung und Anstiftung von Mord gegen italienische Staatsbürger gestellt. Dem Fraktionsgeschäftsführer der linken Darmstädter Stadtratsfraktion OS/3 - Fraktion für eine offene Stadt, einer örtlichen Grünen-Abspaltung, geht es nicht in erster Linie um eine hohe Strafe. „Es geht hier aber gar nicht um die Frage, ob S. für einen Prozess noch verhandlungsfähig ist oder nicht. Allein die Thematisierung seiner Verbrechen und die daraus entstehende Debatte ist für uns wichtiger Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Das dabei S.’ ‘guter Ruf’ zerstört wird, ist wohl das Mindeste was erreicht werden kann“, erklärt Ripper.

Die Zentralstelle für die Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg hat sich mit dem Fall bisher nicht befasst. „Mir sind keine aktuellen Ermittlungen bekannt“, erklärte Leiter Kurt Schrimm in der „Frankfurter Rundschau“. Allerdings habe es einmal eine Anfrage der italienischen Militärbehörde nach dem Wehrmachtsmajor aus Darmstadt gegeben, bestätigte Schrimm. *Peter Nowak*

Bücherschau**Rolle der Statistik**

Dass wir Deutschen sonderliche Eile gehabt hätten, uns mit unserer Rolle im Nationalsozialismus zu befassen, kann nicht behauptet werden. Bekanntermaßen waren es die viel geschmähten 68er, die mit der Kritik an ihren Vätern eine intensivere Befassung mit unserer Geschichte erreichten. Meist waren es aber andere, die sich mit den Tätern, Mittätern, Gehilfen und Mitläufern auseinandersetzten. Was vor allem viel zu lange fehlte, war die Bereitschaft der Berufsgruppen und Organisationen, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten. Inzwischen ist eine Menge in Gang gekommen. So hat sich unlängst insbesondere auch die Max-Planck-Gesellschaft mit selbstkritischem Nachdenken über die Rolle der Wissenschaft im Dritten Reich zu Wort gemeldet.

Bei der Erledigung des Auftrages der Europäischen Kommission, eine neue Volkszählung vorzubereiten, erinnerte sich Johannes Hahlen, der Chef des hierfür zuständigen Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, dass die letzte Volkszählung durch den von Götz Aly und Karl-Heinz Roth in ihrem Buch „Die restlose Erfassung“ erhobenen Vorwurf belastet worden war, dass unter anderem mit Hilfe der 1939 durchgeführten Volkszählung die Statistik die Vernichtung der Juden mit vorbereitet hätte. Laut Götz/Roth sei als eine der zahlreichen Erfassungsaktionen aus einer Zusatzerhebung zur Volkszählung „eine Kartei aller Nichtarier im Deutschen Reich“ aufgebaut worden („Reichskartei der deutschen Juden“).

Aus der Sorge, die Statistik werde als Stichwortgeber für die Deportation der Juden verantwortlich gemacht, ergab sich ein Forschungsauftrag über die Rolle der Statistik im Dritten Reich. Die Autorin Jutta Wietog stellt fest, die professionellen Statistiker hätten sich als Berufsstand insgesamt von den neuen Machthabern anerkannt gefühlt, nur wenige führende Vertreter der amtlichen Statistik hätten nicht der Partei angehört. Als eines der wesentlichen Ergebnisse konnte dem Chef des Statistischen Amtes die beruhigende Nachricht vermittelt werden, die Auswertung der vorhandenen Akten habe den Vorwurf widerlegt, die Ergebnisse der Volkszählung seien der Gestapo zur Verfügung gestellt worden und so Grundlage für Deportationen und letztlich Vernichtung geworden.

Hintergrund der Diskussion war die der von den Nazis 1939 durchgeführte Volkszählung beigelegte „Ergänzungskarte für Angaben über Abstammung und Vorbildung“. In den Spalten 5 bis 8 war die Frage zu beantworten, „War oder ist einer der vier Großelternteile der Rasse nach Volljude?“ Soweit diese Frage verneint wurde, seien die Ergänzungskarten eingestampft worden. Die Auswertung der übrigen Karten, aus denen sich jüdische Abstammung ergab, wurde 1940 in den amtlichen Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes mitgeteilt. Demnach war die Zahl der Juden im Deutschen Reich, die 1933 noch mehr als 500 000 betragen hatte, infolge rechtzeitiger Auswanderung auf 330 000 gesunken; 72 000 waren im Sinne der Nürnberger Gesetze so genannte jüdische Mischlinge 1. und 43 000 Mischlinge 2. Grades. Zu diesem Zeitpunkt waren die Angaben über den Wohnsitz derjenigen Deutschen, die sich zu ihrem Judentum bekannten, angesichts von so genannten „Entmietungen“ längst überholt. Die für die Deportation gebrauchten Angaben über jüdische Bewohner wurden, was bitter genug bestätigt wird, bei den jüdischen Gemeinden und dem „Reichsverband der Juden in Deutschland“ erhoben. Raul Hilberg hatte das schon 1961 in seiner Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden nachgewiesen.

Allerdings wurden die Ergebnisse der Volkszählung, und damit verletzten die NS-Statistiker das Statistikgeheimnis eindeutig, zahlreichen Behörden und NS-Dienststellen zur Verfügung gestellt, aus denen zwei Karteien aufgebaut wurden: eine Ausländerkartei und eine Kartei der deutschen Reichsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit, die als Ergänzung der Melderegister konzipierte so genannte Volkstumskartei. Nach der Arbeitsanweisung war aber die Aufnahme von Juden in diese Kartei ausdrücklich ausgeschlossen; hier widerspricht die Autorin der auch in der Neuauflage aus dem Jahr 2000 aufrechterhaltenen Darstellung von Götz Aly und Karl-Heinz Roth. Ungeachtet der insoweit entlastenden Statistik, hält es auch Jutta Wietog für erwiesen, dass die Ergebnisse der Volkszählung an andere Dienststellen als Grundlage für die Germanisierungspolitik insbesondere im Sudetenland und in den Grenzgebieten zu Polen benutzt wurden.

Klaus-Henning Rosen

Jutta Wietog, Volkszählungen unter dem Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zur Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich, herausgegeben von Wolfram Fischer, Berlin 2001, Duncker & Humblot, 301 Seiten, 148,- Mark

Bücherschau

Weg zum Judenmord

Ein schriftlicher Befehl Hitlers zur Massenvernichtung der Juden konnte nach 1945 nicht aufgefunden werden. Aus dem Fehlen eines solchen Dokuments schlossen rechtsextreme Revisionisten, wenn es keinen Befehl gegeben habe, könne es auch nicht ein solches Ereignis gegeben haben.

Einer der weltweit bekanntesten Anhänger derartiger Auffassungen ist der britische Schriftsteller David Irving. Im Rahmen eines Prozesses gegen ihn wurde der in London lehrende Historiker Peter Longerich zu einer gutachterlichen Stellungnahme zur Rolle Hitlers bei der Entscheidung zum Holocaust gebeten. Eine umgearbeitete Version davon legte er als Buch unter dem Titel „Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur ‚Endlösung‘“ vor.

Longerich verweist zunächst auf die Schwierigkeiten einer solchen Darstellung, vermied Hitler doch schriftliche Direktiven zur Ermordung von Juden und erteilte mündliche Anweisungen nur im kleinsten Kreis. Gleichwohl lasse sich die Bedeutung des Diktators bei der Herausbildung zur Entscheidung der systematischen Massenvernichtung der Juden sowohl aus seiner zentralen Bedeutung im Herrschaftssystem als auch anhand von verschiedenen Stellungnahmen zu Schlüsselgruppen des Regimes belegen. Longerichs Darstellung setzt schon 1919 ein und veranschaulicht, dass Hitler bereits zu jener Zeit in den Kategorien der „Gewalt“ und „Vernichtung“ dachte. In den darauf folgenden Kapiteln veranschaulicht der Historiker die kontinuierliche Entschärfung dieser zunächst nur verbalisierten Absichten hin zu einem konkreten Vorgehen, von der totalen Entrechtung über die Vertreibung bis zu den Deportationen, Massenerschießungen und der systematischen Vernichtung.

Longerich geht bei seiner Darstellung davon aus, dass die Ermordung der europäischen Juden nicht das Ergebnis eines einzelnen Befehls war. Vielmehr handele es sich dabei um das Resultat einer längerfristig verfolgten Politik des Regimes. Sie wurde trotz teilweise taktischer Rücksichten immer wieder entscheidend von Hitler vorangetrieben.

Der Autor erweist sich wie in seiner Studie „Politik der Vernichtung – Eine Gesamtdarstellung der

nationalsozialistischen Judenverfolgung“ von 1998 als souveräner Kenner der Materie. Auf Basis eines umfangreichen Quellenmaterials gelingt ihm eine überzeugende Studie, die nicht nur die von rechtsextremen Revisionisten geteilten Auffassungen zu Hitlers Rolle bei der Judenvernichtung kenntnisreich widerlegt. Zur Kenntnis der einschlägigen Dokumente kommt bei Longerich noch die differenzierte Herangehensweise und analytische Stärke hinzu. Er beschreibt den Weg hin zum Holocaust nicht platt als Umsetzung einer antisemitischen Prägung, sondern als einen sich ständig verschärfenden Prozess vor dem Hintergrund der besonderen historisch-politischen Rahmensituation. In diesem Zusammenhang weist der Historiker auch auf die Verwendung einer Tarnsprache durch die Nationalsozialisten und das je nach Situation gewandelte Verständnis bestimmter Bezeichnungen hin. Eine überzeugende Arbeit!

Armin Pfahl-Traugher

Peter Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München 2001 (Piper), 240 Seiten, 29,80 Mark

Hinweis

„Täterort“ Nürnberg

Das Dokumentationszentrum am ehemaligen Reichsparteitagsgelände wird im November dieses Jahres eröffnet. Im Vorfeld veranstalten das Jugendamt und der Kreisjugendring Nürnberg vom 26. bis 28. September die Fachtagung „recht extrem.de“. Zum einen geht es dabei um die aktuelle Debatte über den Umgang mit rechtsextremer Gewalt von Jugendlichen und die Folgerungen für die Jugendarbeit, zum anderen um die Konzeptionierung von pädagogischen Projekten im Kontext des Dokumentationszentrums am ehemaligen „Täterort“. Neben Vorträgen über Rechtsextremismus bei Jugendlichen und Gegenkonzepten, liegt der Schwerpunkt der Veranstaltung auf der historisch-politischen Jugendbildung, der „Pädagogik des Erinnerns“. Vorgestellt werden auch zehn Projekte von Schulklassen, Jugendinitiativen, Fachhochschulbereichen, Gedenkstätten, die sich unter anderem mit der NS-Vergangenheit oder Ausländerfeindlichkeit und rechter Gewalt auseinandersetzen. Ferner ist ein Rundgang über das ehemalige Reichsparteitagsgelände in Nürnberg vorgesehen.

Informationen: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 90137 Nürnberg; Tel. 0911/231-3208, fax - /3488; E-Mail: bernd_kammerer@j.stadt.nuernberg.de

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“, (JF), 16. Jg., Nr. 31-36/01:**

JF-Autor Ronald Gläser kritisiert den von der Bundesregierung vorgelegten Sicherheitsbericht, der „politisch korrekten Realitätsverlust“ aufweise und „eingebettet in den bekannten antifaschistischen Grundtenor“ die Gefahr von rechts hochstilisieren würde (31-32/01). Werner Olles berichtet stattdessen über ein „antirassistisches Grenzcamp“, dessen (linke) Teilnehmer „unter dem geschickten Deckmantel der Gutmensch-Simulation“ zahlreiche Straftaten begangen hätten (33/01). Laut einem Bericht von Kurt Wolff sollen aus dem Kreis der Campteilnehmer auch Angriffe gegen das in Bad Vilbel ansässige Institut für Staatspolitik verübt worden sein. Die JF schreckt dann nicht davor zurück, in typisch rechtsextremer Verfolgungswahnmanier ein unzusammenhängendes wirres Bedrohungsszenario zu konstruieren und neben anderen hier die „blick nach rechts“-Redaktion des Drahtziehertums zu bezichtigen (36/01). Alexander Barti rezensiert Claus Wolfschlags Werk „Das antifaschistische Milieu. Vom ‘schwarzen Block’ zur ‘Lichterkerle’ – Die politische Repression gegen ‘Rechtsextremismus’ in der Bundesrepublik“, das im Februar als Dissertation an der Universität Bonn angenommen wurde. Danach komme dem „Neo-Antifaschismus“ heute eine „staatstragende Funktion“ zu. Voll und ganz in der Tradition „‘neo-antifaschistischer’“ Propaganda stehe die „berühmte Forderung des Kanzlers nach einem ‘Aufstand der Anständigen’“. Rechtsextremismus müsse als gesellschaftliches Aggressionsobjekt erhalten, „Faschisten“ hätten „die Funktion von Sündenböcken für das eigene Versagen“, heißt es demnach bei Wolfschlag (34/01).

JF-Redakteur Thorsten Thaler prangert den „Deutschlandfunk“ an, der die Verwendung von Zitaten aus der JF in seinen Sendungen wegen des „geistigen und moralischen Niveaus“ des Blattes untersagt habe (34/01). Hans Merkel, Ministerialdirigent a.D., appelliert an die Union, „rechten Aufwuchs zu dulden“ und „nicht sofort mit der Kanone des Verfassungsschutzes (zu) schießen, wie es die Republikaner erleiden mussten, die lediglich die ‘Wadlbeißer’ der Union hatten sein wollen“ (31-32/01).

Die umstrittene Werbekampagne um das Holocaust-Mahnmal sei eine Beleidigung des gesamten

deutschen Volkes, dem pauschal die „so genannte Auschwitz-Lüge“ unterstellt würde, moniert Baal Müller. Unerträglich sei die „Selbstgefälligkeit und geldgierige Dreistigkeit“ des Fördervereins, der vor allem „Macht und Diskurshegemonie“ habe demonstrieren wollen, indem er zeige, selbst über den gesetzten Tabus zu stehen. Für Meinungsfreiheit gegen die „Mediendiktatur“ dürfen die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ fett gedruckt und in auffällig großen Lettern werben (33/01).

Skeptisch bleibt Michael Wiesberg ob des von Bundesinnenminister Otto Schily vorgestellten Zuwanderungskonzepts, schließlich hätten in der Ausländerpolitik meist ideologische statt ökonomischer Motive den Ausschlag gegeben, obwohl „sich der Staat die finanziellen Konsequenzen seiner beispiellosen Zuwanderungspolitik“ nicht mehr leisten könne. Dafür, dass die Zahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger nicht zurückgehe, würden schon Städtetag, Jusos, SPD, Grüne, PDS sorgen, die diese als „Reservearmee zum politischen Zündeln“ für sich erhalten wollten, merkt Jens Jessen dazu an (33/01). Viel Verständnis für einen Berliner Taxifahrer, der vergeblich gegen einen antirassistischen Aufkleber auf Berliner Taxen geklagt hatte und stattdessen „Keine Steuergelder für Asylmissbrauch. Mehr als 50 Millionen täglich“ plakatierte, zeigt Steffen Königer (33/01). Wolfgang Jabel plädiert für das Eingreifen des Verfassungsschutzes gegenüber der rot-grünen „Linksintelligenz mit dem ideologisch vernagelten PC-Brett vor dem Kopf“ wegen der „nun erst richtig einsetzenden Völkerwanderung nach Deutschland“, die den „Bestand unserer Nation“, die innere Verfassung der Gesellschaft, die Demokratie gefährde (36/01).

G.N.

Hinweis

Berlin - Unter dem Motto „Gewalt, Rassismus und Zivilcourage unter Kindern und Jugendlichen“ veranstalten das Bündnis für Demokratie und Toleranz und die Buber-Rosenzweig-Stiftung vom 21. bis 23. September eine Tagung im ÖTV-Bildungs- und Begegnungszentrum in Berlin (Wannsee). Neben Referaten über Ursachen, Erscheinungen und Auswirkungen von Rechtsextremismus werden Beispiele pädagogischer Praxis für Unterricht und Schulleben vorgestellt, um zu einem toleranten und demokratischen Miteinander zu erziehen.

Anmeldung und Information: Buber-Rosenzweig-Stiftung, Postfach 1445, 61214 Bad Nauheim; Tel. 06032 / 91110, fax -/ 911125.

WETTBEWERB **Du gegen rechts**

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-Extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, Raps, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 55
Fax (0 30) 2 55 94 - 1 99
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – In den ersten sieben Monaten des Jahres 2001 wurden 8 194 rechteextreme Straftaten begangen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Fraktion mit. Rund ein Drittel der 456 Gewalttaten in dem Zeitraum wurde in den ost-deutschen Bundesländern registriert, mit jeweils 53 Delikten fanden die Gewalttätigkeiten dabei überwiegend in Brandenburg und in Sachsen statt. Weit-aus der größeren Hälfte der Gewalttaten lag frem-denfeindliche Motivation (240) zugrunde. Nach Angaben der PDS-Abgeordneten Ulla Jelkpe er-mittelte die Polizei bis Ende Juli gegen 6 291 rech-te Tatverdächtige, 580 davon wurden festgenom-men, gegen 121 erging Haftbefehl.

■ **Hagen** – Auf der Homepage des in rechtsextre-men Kreisen bekannten „National Journal“ ruft Otto Wilhelm Kurt Siedler aus Hagen zum „Pro-test aller Deutschen“ auf, „die ihre Heimat nicht mit fremden Völkern teilen wollen“. Siedler: „Wir Deutschen verurteilen jedes Vorhaben und jedes Gesetz, das uns die Duldung Fremder aufzwingt. Schluss mit der Toleranznötigung. Fremdenfeind-lichkeit ist das Unrecht eines jeden Volkes.“ Laut Siedler ist „jeder Fremde (...), der sich hier nie-derlassen will, ein Eindringling und darum unser Feind.“ Siedler (Jg. 1939), unterhält in Hagen ein Privatarchiv für „zeitgeschichtliche Bewahrung von Lebenserinnerungen“ vorwiegend der NS-Zeit. Be-richtet wurde über das Archiv in Neonazi-Schrif-ten wie der „Westdeutschen Volkszeitung“ von Rü-diger Kahsner.

■ **Hannover** – Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt gegen den 44-jährigen Neonazi Bernd Futter wegen Mordes. Futter steht im Verdacht, sei-nen 73-jährigen Vater erschossen zu haben. Futter sitzt in der Justizvollzugsanstalt Schulenburger Landstraße ein, wo er eine zweieinhalbjährige Haftstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung verbüßt. Zur Tatzeit war er im offenen Vollzug, hat-te Freigang. Futter war Mitte der 80er Jahre An-führer der Neonazi-Truppe „Gemeinschaft Eisernes Kreuz“ (EK 1), die unter anderem 1986 in Han-nover einen Brandanschlag auf ein türkisches Über-setzungsbüro verübte.

■ **Leipzig** – Mehr als 1200 Rechtsextremisten de-monstrierten in Leipzig unter dem Motto „1. Sep-

tember – damals wie heute: Für Freiheit, Frieden und Selbstbestimmung“, wozu das neonazistische Spektrum um Christian Worch aufgerufen hatte. Im Vorfeld des Spektakels waren die Kameraden von den Veranstaltern aufgefordert worden, sich an die Vorgaben, unter denen der Aufmarsch vom Ober-verwaltungsgericht Bautzen genehmigt worden war, zu halten. „Die Polizei in Leipzig ist von der üblen Sorte, gibt ihnen keine Gelegenheit, euch in Ge-wahrsam zu nehmen“, hieß es in einer internen Mitteilung. Da Demonstrationsteilnehmer die ge-richtlichen Auflagen missachteten, löste die Poli-zei den braunen Marsch vorzeitig auf.

■ **München** – Neuer Kameradschaftsführer der rechtsextremen Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland ist Jürgen Popp. Er löst Rudolf Hüf-ner ab, der dem Freikorps Oberland seit 1990 vor-stand. Neben der alljährlich vom Freikorps Ober-land im Mai ausgerichteten Annaberg-Gedenkfei-er an der Weinbergkapelle in Schliersee nehmen die Oberlandfreunde unter anderem an der Weih-nachtsfeier der HIAG München, der Barbarafeier der Oberschlesischen Landsmannschaft und dem Heimkehrertreffen auf dem Ulrichsberg bei Kla-genfurt teil. Gegründet wurde die Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland ursprünglich als Kampfbund der legendären Thule-Gesellschaft zur Jahreswende 1918/1919.

■ **München** – Der Andreas-Hofer-Bund (AHB) will am 13. Oktober in München seine diesjährige Bundesversammlung durchführen. Unterstützt wer-den vom AHB „alle jene Kräfte in Süd-Tirol, die für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Süd-Tiroler eintreten.“ Politisches Ziel des AHB ist die „Rückkehr“ Südtirols nach Österreich. Der AHB vertreibt unter anderem eine Liste mit „Volkstreuen Gastbetrieben in Süd-Tirol“. Bun-desgeschäftsführer des AHB ist Dieter Müller (Jg. 1959), zugleich erster Sprecher der Vereinigung Freundeskreis Karola Unterkircher. Müller, einst Autor in der rechtsextremen Zeitschrift „Europa“ und Referent beim Konservativen Gesprächskreis Gernersheim, findet sich auch in der Adressenli-ste des Hardcore-Neonazi-Versands „NS 88“ des zwischenzeitlich verstorbenen Marcel Schilf. Zeit-weilig unterhielt Müller auch enge Kontakte zum rheinland-pfälzischen Landesverband Der Stahl-helm, der nach der Auflösung der Bundesorgani-sation noch weiterbesteht.

■ **München** – Das Landgericht München hat die beiden Rechtsextremisten Björn Balbin und Enri-

co Schenker der schweren Körperverletzung für schuldig befunden. Sie waren angeklagt, an der tätlichen Auseinandersetzung mit mehreren türkischen Männern am 13. Januar in München, die einem von einem Trupp Skinheads überfallenen und schwer verletzten Griechen zu Hilfe geeilt waren, beteiligt gewesen zu sein. Der 29-jährige Balbin wurde zu zwei Jahren und vier Gefängnis verurteilt, außerdem seine Unterbringung in der Psychiatrie angeordnet. Schenker (22), dem konkrete Gewalttätigkeiten nicht nachgewiesen werden konnten, kam mit einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren und einer Auflage von 1600 Mark davon.

■ **Rethem/Aller** – Hinter dem Pseudonym „Harold Cecil Robinson“ verbirgt sich der notorische Rechtsextremist Johannes Peter Ney (Jg. 1922) aus Rethem. „Robinson“ ist unter anderem Autor des im Schweizer Verlag „Neue Visionen“ (einer der Gesellschafter ist Ney selbst) erschienenen Buches „Verdammter Antisemitismus“. „Den Juden“ attestiert „Robinson“ eine „genetisch bedingte Nomadenveranlagung, die überall ihr Zuhause sieht und zwangsläufig“ mit den Sesshaften in Konflikt geraten müsse.“ Ney, der 1997 namentlich im niedersächsischen Verfassungsbericht genannt wird, ist Buchautor im Grabert-Verlag und war Referent bei den „Hetendorfer Tagungswochen“.

■ **Passau** – „Auf nach Passau!“ heißt es auch in diesem Jahr für die Anhänger der Deutschen Volkunion des Münchner Verlegers Gerhard Frey. Am Samstag, den 29. September, soll wieder die „Nationale Großkundgebung der DVU“ unter dem Motto „Wir sind stolz, Deutsche zu sein!“ stattfinden. Seit nunmehr 19 Jahren werden alljährlich die DVU-Veranstaltungen in der Passauer Nibelungenhalle durchgeführt. Unmittelbar vor der Veranstaltung ist am 29. September eine Pressekonferenz mit dem Bundesvorsitzenden Gerhard Frey angekündigt.

■ **Siegen** – Vier Monate soll der Siegener Neonazi Martin Scheele in Haft. Mit dieser Entscheidung milderte das Siegener Landgericht ein Urteil des örtlichen Amtsgerichts ab, das Scheele wegen Volksverhetzung zu zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt hatte. Scheele (31), der zum Tatzeitpunkt unter Bewährung stand, hatte auf seiner Internetseite einen antisemitischen Text von Manfred Roder veröffentlicht. Sein Verteidiger Klaus Kunze kündigte an, er werde Revision einlegen. Scheeles Kameraden vom Störtebeker-Netz geben derweil Tipps, wie ähnliche Urteile künftig zu vermeiden

seien: „Hauptfehler des Angeklagten war es, den Text ohne begleitenden Kommentar ins Netz zu stellen. Bedenkliche Texte stellt man, wenn überhaupt, am besten in Gestalt eines kommentierten Zitates ins Netz, wobei im Kommentar eine ablehnende oder bedauernde Haltung gegenüber dem eigentlichen Text zu erkennen sein sollte. Wichtig ist ja, dass die Botschaft den Leser erreicht, das Nebenbei ist lediglich Mittel zum Zweck.“

■ **Stuttgart** – Der rechtsextreme Cannstatter Kreis unter Vorsitz von Karl-Peter Schlor (Autor in den holocaustleugnenden „Vierteljahrsheften für freie Geschichtsforschung“) veranstaltet am 14. September in Stuttgart eine Vortragsveranstaltung mit Albrecht Jebens (CDU; Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik) zum Thema „Die zweite Vertreibung der Ostdeutschen“. Schlor appelliert in dem internen Einladungsschreiben an die Mitglieder des Cannstatter Kreises, „wegen des staatlichen Drucks auf unseren Verein“ die „Reihen geschlossen zu halten und auch zu verdichten, soll heißen, beizutreten beziehungsweise neue Mitglieder zu werben!“ Anlass des Schreibens von Schlor ist wohl die Zustellung eines so genannten Entsagungsbescheids durch das Stuttgarter Finanzamt an den Cannstatter Kreis. Demnach soll dem vom Verfassungsschutz beobachteten Verein die Gemeinnützigkeit entzogen werden, und zwar auch rückwirkend für die vergangenen Jahre. Kommentar von Schlor: „Wir haben keinen Rechtsstaat, sondern einen Linksstaat.“

■ **Stuttgart** – Angaben des baden-württembergischen Landespressestellers der Jungen Nationaldemokraten, Steffen Egolf, zufolge hat die süddeutsche NPD-Jugendorganisation vielfältige Aktionen am 20. August anlässlich des „Global Action Day“ veranstaltet. So seien in den Landkreisen Karlsruhe, Heilbronn, Ludwigsburg und Rems-Murr Transparente mit der Internetadresse www.gegen-globalisierung.de aufgehängt worden. Betreiber dieser Webseiten ist der JN-Bundesvorstand, der am Aufbau einer „Informationsseite“ unter dem Motto: „Gegen System und Kapital – Unser Kampf ist national!“ zum Thema Globalisierung arbeitet. Eine umfangreiche Link-Sammlung, unter anderem zu demokratischen Globalisierungsgegnern, soll bereits geschaltet worden sein.

■ **Villingen-Schwenningen** – In der aktuellen Ausgabe der NS-apologetischen „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ ist zu erfahren, dass die 1990 gegründete „Notgemeinschaft

für Volkstum und Kultur e.V.“ mit Sitz in Villingen-Schwenningen schon vor längerer Zeit von den Finanzbehörden als „gemeinnütziger Verein zur Förderung von Jugend und Brauchtum“ anerkannt wurde. Die in mehreren Verfassungsschutzberichten aufgeführte „Notgemeinschaft“ definiert sich als eine „Gemeinschaft der aufrechten Deutschen zur Verwertung testamentarischer Hinterlassenschaften und Vermögenswerte“. Vorsitzende ist die österreichische Rechtsextremistin Lisbeth Groltsch aus Graz. Als juristischer Berater steht der „Notgemeinschaft“ neben anderen der NPD-Funktionär Wolfram Nahrath, ehemals Anführer der Wiking-Jugend, zur Seite.

Ausland

■ **Österreich (Sibratsgfall)** – Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG in Lindau/Bodensee hat die Bankverbindung von Antonia Ochensberger gekündigt. Über das Konto wurden bislang Spenden und Abonnementgebühren für den deutschen Kundenstamm der rechtsextremen Hetzblätter „Phoenix“ und „Top Secret“ des österreichischen Holocaust-Leugners Walter Ochensberger abgerechnet. Ochensberger ist Erkenntnissen der deutschen Bundesregierung zufolge „einer der bekanntesten Produzenten revisionistischer und antisemitischer Schriften in Österreich“. Der deutschen Regierung wirft der Holocaust-Leugner in einem internen Rundschreiben vom 22. August vor, „eine ausgefeilte Todespolitik gegenüber dem eigenen Volk“ zu betreiben: „Der lebensnotwendige Nachwuchs, so die tolldreisten Erklärungen der politischen Todesarchitekten, soll durch Menscheneinfuhr aus der Dritten Welt eingekauft werden“, behauptet Ochensberger und ruft alle „Deutschschweizer, Deutsch-Österreicher, Deutsche in der BRD und in der ganzen Welt“ zum Kampf „für die Zukunft unseres deutschen Volkes“ auf.

■ **Österreich (Wien)** – Der rechtslastigen Wochenzeitung „Zur Zeit“ wurde durch einen Ministerratsbeschluss erstmals Presseförderung zuerkannt. 800.000 Schilling soll das Blatt erhalten. Chefredakteur und Mitherausgeber von „Zur Zeit“ ist Andreas Mölzer, der enge Kontakte zur extremen Rechten in der Bundesrepublik (Republikaner, Die Deutschen Konservativen) und Belgien (Vlaams Blok) unterhält. Noch im Jahreslagebericht 2000 „Rechtsextremismus in Österreich“ des österreichischen Bundesministerium für Inneres war „Zur Zeit“ unter den rechtsextremen Druckwerken aufgeführt. Der Jahreslagebericht hält fest, dass in

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 18-2001 / Abo 5292719000

8

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

einem „Zur Zeit“-Artikel „die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich geleugnet sowie die sechs Millionen NS-Opfer in Frage gestellt wurden.“

■ **Schweiz (Collonges)** – Rund 100 Skinheads aus der Schweiz, der Bundesrepublik und Österreich waren am 25. August bei einem internationalen Skin-Konzert im Gemeindesaal (!) des Walliser Ortes Collonges zugegen. Die Veranstaltung wurde von der Kantonspolizei beobachtet. Auch bei einem Skin-Konzert am 24. März im schweizerischen Heiden waren Skinheads aus der Bundesrepublik und Österreich vor Ort.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum

Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.